



Prof. Dr. Reto M. Hilty
Geschäftsführender Direktor
Marstallplatz 1
80539 München
Tel.: +49 89 24246-400
Fax: +49 89 24246-503
hilty@ip.mpg.de

Das Max-Planck-Institut für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, München, ist ein Forschungsinstitut innerhalb der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. Durch die rechtsvergleichende Erforschung der Rechtsgebiete des Instituts unter Einbeziehung ökonomischer und technologischer Aspekte trägt das Institut zur Klärung von Grundsatzfragen bei und liefert Impulse für künftige Rechtsentwicklungen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene.

Das Max-Planck-Institut für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, bietet Stipendien für Postgraduierte (Doktoranden, gegebenenfalls auch Promovierte). Das nachfolgende Stipendium wird für mehrere Arbeiten in den Bereichen Recht und/oder Ökonomie vergeben.

Projekt: Durchsetzung von Immaterialgüterrechten

Die Durchsetzung von Immaterialgüterrechten vor den nationalen Gerichten bildet ein Forschungsfeld des Instituts. Dieses Forschungsfeld hat sowohl eine in der Rückkopplung der Durchsetzung mit dem materiellen Recht gelegene als auch eine strukturelle Dimension.

Hinsichtlich des Zusammenhangs von materiellem Schutz und Durchsetzung wurde dieses Forschungsfeld nicht zuletzt durch die Intensivierung der Durchsetzungsmaßnahmen der Europäischen Union in der ersten Hälfte der 2000er-Jahre, die bis heute fortwirkt. Diese Intensivierung betrifft sämtliche territorialen und sachlichen Ebenen der Rechtsdurchsetzung: Angesprochen sind hier Fragen der Rechtsdurchsetzung auf binnenmarktinterner Ebene (z.B. also die mit der RL 2004/48/EG geschaffenen Mindeststandards für die Ansprüche und Rechtsmittel bei Immaterialgüterrechtsverletzungen) ebenso wie auf internationaler Ebene (etwa die Partnerschaftsabkommen der Union mit Drittstaaten, Freihandelsabkommen und die Strategie der Union in multilateralen Foren wie WTO und WIPO) oder auf der intermediären Ebene des Warentransits und Zollrechts (z.B. nach der in Überarbeitung begriffenen GrenzbeschlagnahmeVO 1383/2003). Angesprochen sind aber auch Alternativen zum staatlichen Rechtsdurchsetzungssystem, also etwa Tauglichkeit und Wirkung von Mediation oder Schiedsverfahren.

Hinsichtlich der strukturellen Dimension sind im Forschungsfeld Durchsetzung etwa die immer noch nicht gelösten Fragen der grenzüberschreitenden Durchsetzung einzelner Schutzrechtstypen aufgrund der bestehenden Regeln der gerichtlichen Zuständigkeit und Urteilsanerkennung (also v.a. aufgrund der EuGVVO 44/2001 sowie aufgrund der jeweiligen MaterienVO zu den Unionsschutzrechten) sowie der Entwicklung von Alternativen zu diesen Systemen angesprochen. Flankierend spielen aber

etwa auch kollisionsrechtliche Regeln des internationalen Privatrechts eine durchsetzungsrelevante Rolle.

In den angesprochenen Bereichen besteht *prima facie* durchwegs der, je nach Fragestellung mehr oder minder starke Verdacht, dass der bestehende Regelungsrahmen der den Schutzrechten inhärenten Funktion (also z.B. Innovations- oder Kreativeionsförderung oder Marktordnung) nicht optimal gerecht wird, m.a.W. also dysfunktional ist. Zu nennen sind hier, rein exemplarisch und zur Illustration des Funktionalitätsgedankens, einseitig die Schutzrechtsinhaber bevorzugende Regelungen der DurchsetzungsRL 2004/48 oder ein mit der Einbeziehung von Patenten etwa überschießender sachlicher Anwendungsbereich der GrenzbeschlagnahmeVO 1383/2003. Gegenstand geförderter Stipendienprojekte kann es etwa sein, solche vermeintlichen oder tatsächlichen Dysfunktionalitäten aufzuspüren und Lösungen vorzuschlagen.

Die Inkorporierung dieses funktionalen Ansatzes und der entsprechenden Methodik ist jedoch keineswegs Voraussetzung der Stipendienvergabe: Gefördert werden sämtliche im Forschungsfeld angesiedelten und nach dem Stand der Wissenschaft als für die Institutsforschung relevant anzusehenden Projekte unabhängig vom jeweiligen methodischen Ansatz. Ebenso dienen die hier genannten Beispiele durchwegs der Illustration des Themas und beschränken Stipendienwerber in keiner Weise.

Sämtliche angesprochenen Fragen erstrecken sich auf die Bereiche Ökonomie und Recht gleichermaßen. Die Ausschreibung richtet sich daher sowohl an Ökonomen wie auch an Juristen.

Stipendienanforderungen

- Gutes Deutsch oder Englisch;
- Grundkenntnisse und Interesse in den Bereichen Immaterialgüterrecht, Unionsrecht, internationales Privatrecht oder Zivilprozessrecht (bei Juristen);
- Erfahrung oder Interesse zur interdisziplinären Arbeit an im Ausgangspunkt juristischen Fragestellungen und an der Erarbeitung juristisch verwertbarer Modelle oder Lösungen (bei Ökonomen).

Stipendienbeschreibung

Das Stipendium wird für ein Jahr gewährt, mit der Möglichkeit einer Verlängerung für ein weiteres Jahr. Während des Stipendiums kann ein Promotionsverfahren an der Heimatuniversität des/der Stipendiaten/in oder an der Ludwig-Maximilians-Universität München durchgeführt werden, wenn die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt sind. Das monatliche Stipendium beläuft sich grundsätzlich auf € 1303,-. Der Beginn des Stipendiums ist variabel.

Das Bewerbungsformular ist unter <http://www.ip.mpg.de> → Wichtige Links → Stipendienprogramm abrufbar.

Die Bewerbungsunterlagen sind per E-Mail an hilty@ip.mpg.de oder auf dem Postweg an das Max-Planck-Institut für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, Prof. Dr. Reto M. Hilty, Marstallplatz 1, 80539 München, zu richten. Bewerbungen werden laufend entgegengenommen.